

abo+ ABSTIMMUNG

Der Aargau setzt den Klimaschutz in der Verfassung fest

Die Aargauerinnen und Aargauer sagen deutlich Ja zum kantonalen Klimaparagrafen. In den Städten war die Zustimmung klarer als auf dem Land. Das nationale Stromgesetz fiel derweil in den potenziellen Standortgemeinden für Windparks durch.

Eva Berger

09.06.2024, 19.00 Uhr

abo+ **Exklusiv für Abonnenten**

Kurz nach 13 Uhr war am Abstimmungssonntag klar, dass der Aargau einen Klimaparagrafen in der Verfassung erhält. Knapp 57 Prozent der Stimmenden legten ein Ja in die Urne, zehn der elf Aargauer Bezirke nahmen den Paragrafen an. Die Stimmbeteiligung lag bei 41,9 Prozent. Der neue Paragraf setzt Klimaschutz und Klimaanpassung als Aufgaben von Kanton und Gemeinden in der Kantonsverfassung fest. Konkrete Massnahmen sieht er indes keine vor.



Abstimmungsfest im Kunsthau Aarau: Gabi Lauper (Grossrätin SP), Jonas Fricker (Grossrat Grüne), Nora Langmoen (Co-Präsidentin SP Aargau), Karin Koch-Wick (Grossrätin Mitte, Co-Präsidentin Mitte Aargau) und Gertrud Häseli (Grossrätin Grüne) feiern das Ja zum Klimaparagrafen.

Bild: Eva Berger

Im Café des Aarauer Kunsthau erwarteten die Initiantinnen und Initianten gemeinsam das Resultat. Der Ursprung des Klimaparagrafen liegt in einer überparteilichen Parlamentarischen Initiative, verfasst von Grünen-Grossrat Jonas Fricker. Die Zeichen für die Befürworter standen am Sonntag gut, war der Klimaparagraf doch breit abgestützt. Ausser SVP und EDU hatten alle grösseren Aargauer Parteien die Ja-Parole gefasst – nachdem Bürgerliche den Paragrafen im Grossen Rat zusammengestützt hatten. Hinzu kamen die Umweltverbände, sowie Jagd Aargau, der Fischerei- und auch der Bauernverband.

Das klare Ja überraschte am Abstimmungsfest nicht. «Die Mehrheit sieht Klimaschutz und Klimaanpassung als Staatsaufgaben, die gemeinsam gelöst werden müssen»,

sagte Jonas Fricker nach Bekanntgabe des Ergebnisses. Er hatte mit der Zustimmung gerechnet.

Wenig konkret, darum mehrheitsfähig

Selbstverständlich war dies indes nicht. Vor genau einem Jahr versenkten die Aargauerinnen und Aargauer die [Klimaschutzinitiative](#) von Grünen, SP und Teilen der Baubranche mit knapp 68 Prozent Nein-Anteil. Gleichzeitig nahmen sie das nationale [Klima- und Innovationsgesetz an der Urne an](#), allerdings war die Zustimmung tiefer als im schweizweiten Durchschnitt.

Ebenso verhielt es sich bei der Abstimmung über das [nationale CO₂-Gesetz vor drei Jahren](#). Im Herbst 2020 lehnte der Aargau ausserdem das kantonale Energiegesetz knapp ab. Im Gegensatz zu Klimaschutzinitiative oder Energiegesetz sehe der Klimaparagraf keine konkreten, diktierten Massnahmen vor, was ihn mehrheitsfähig mache, glaubt Jonas Fricker.

So erklärt sich auch SVP-Grossrat Daniel Notter das Resultat. Er hatte sich für ein Nein zum Klimaparagrafen eingesetzt, den Medien stand er am Sonntagmittag vor dem Grossratsgebäude Red und Antwort. Allzu schwarz sehe er das Ergebnis nicht: «Wir konnten weit über unsere Wählerschaft hinaus Stimmende gegen den Klimaparagrafen finden, das ist positiv.»

Einen Abstimmungskampf mit Flyern und Plakaten gegen den Klimaparagrafen gab es nicht. Ein solcher hätte sich vielleicht doch gelohnt, meinte Daniel Notter angesichts

des Ergebnisses. Allerdings ändere der Paragraf alleine noch nichts – die SVP werde bei der Umsetzung, wenn es um neue Bestimmungen und Gesetze geht, konstruktiv mitarbeiten, kündigt er an.

Regierung fühlt sich bestärkt

Um 14 Uhr war das Abstimmungsfest im Kunsthaus vorbei, direkt nebenan lud der Regierungsrat zur Pressekonferenz. Dass die Aargauerinnen und Aargauer ein Jahr nach ihrem Ja zum nationalen Klimagesetz auch zum kantonalen Klimaparagrafen Ja sagten, sei ein Gewinn und bestätige den eingeschlagenen Weg: «Wir fühlen uns bestärkt in unseren Massnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung», sagte Bau-, Energie- und Umweltdirektor Stephan Attiger.

Untätig sei der Kanton bisher schliesslich nicht. Jetzt aber sei der Klimaschutz in der Verfassung langfristig abgesichert. «Dem wollen wir Rechnung tragen, mit Einsatz und Massnahmen in allen Departementen», so Attiger.

In den städtischen Gebieten hatte es der Klimaparagraf einfacher als auf dem Land. Am deutlichsten war die Zustimmung im Bezirk Baden mit 63,1 Prozent, gefolgt von Aarau mit 62,4 Prozent. Ein Nein gab es in Kulm (55,4 Prozent Nein), knapp war es mit 50,1 Prozent Zustimmung im Bezirk Zurzach. In Ennetbaden sagten über drei Viertel der Stimmenden (76,9 Prozent) Ja zum Klimaparagrafen. Mehr als 70 Prozent Zustimmung gab

es auch in den Städten Aarau und Baden, sowie in Windisch.

Mit 29,4 Prozent Ja-Anteil war die Zustimmung demgegenüber in Leimbach am kleinsten. Deutlich war das Nein weiter in Moosleerau (31,1 Prozent Ja-Stimmen), in Wiliberg (36,1 Prozent) oder in Schwaderloch (35 Prozent).

Stadt-Land-Gefälle auch beim Stromgesetz

Ein Stadt-Land-Gefälle gab es auch bei der zweiten Klimavorlage des Abstimmungssonntags, dem nationalen Stromgesetz. Dieses befürworteten die Aargauerinnen und Aargauer mit 63,6 Prozent der Stimmen und damit weniger stark, als im schweizweiten Durchschnitt.

Stromgesetz



Quelle: BFS/Grafik: jga

Im Gegensatz zum Klimaparagrafen wurde die Vorlage aber in allen Aargauer Bezirken angenommen, am deutlichsten in Baden (69 Prozent), gefolgt von Rheinfelden (66,8 Prozent) und Aarau (66,7 Prozent). Viele der Gemeinden, die den kantonalen Klimaparagrafen ablehnten, sagten auch Nein zum nationalen Stromgesetz. Am deutlichsten war das Nein in Wiliberg (75,3 Prozent) und in Leibstadt (61,36 Prozent).

Im Abstimmungskampf sei das Stromgesetz zu einer Frage für oder gegen Windparks geworden, wurde am Sonntag allenthalben moniert. Das widerspiegelt sich denn auch im Abstimmungsergebnis: Wiliberg, das das Stromgesetz am deutlichsten abgelehnt hat, ist

zusammen mit Reitnau und Staffelbach eine mögliche Standortgemeinde für den Windpark «Uf em Chalt». Auch Reitnau (60,3 Prozent Nein-Stimmen) und Staffelbach (55,6 Prozent Nein) lehnten das Stromgesetz ab.

In Beinwil im Freiamt, jener Aargauer Gemeinde die am nächsten am [Windparkstandort Lindenberg](#) liegt, sagten 54,4 Prozent der Stimmenden Nein zum Stromgesetz. In Oberhof, wo an der Grenze zum Kanton Solothurn eine Windkraftanlage entstehen soll, sagten 45,9 Prozent Nein.

In Kirchleerau (55 Prozent Nein) und in Schmiedrued (60,3 Prozent Nein), auf deren Gemeindegebiet einst der Windpark Hochrüti entstehen könnte, wurde das Stromgesetz ebenfalls mehrheitlich abgelehnt. Eine Ausnahme bildet Zeiningen: Zwar ist auch dort, auf dem Hundsrugge, ein Windpark in Diskussion. Die Stimmberechtigten befürworteten das Stromgesetz trotzdem. Mit 69,7 Prozent Ja-Stimmen war die Zustimmung sogar deutlich.



NEWSLETTER

Stets aktuell informiert: Abonnieren Sie den Newsletter für den Kanton Aargau
